

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
werte Zuhörer auf der Tribüne,**

ein Stadtrat ist kein Parlament im klassischen Sinne, in dem Regierung und Opposition aufeinandertreffen. Doch wenn wir uns die Haushaltserklärungen der CSU, SPD und Grünen anhören, die bislang vor allem das Meinungsspektrum links der Mitte abbilden, freue ich mich, für die AfD-Fraktion den Blickwinkel zu erweitern – hin zu der Mitte und der rechten Hälfte des politischen Spektrums.

Die Einnahmen unserer Stadt setzen sich im Wesentlichen aus drei Quellen zusammen:

Erstens aus Gebühren und Leistungsentgelten, zweitens aus Zuweisungen und Fördermitteln von Land und Bund, die oftmals zweckgebunden sind, und drittens aus den Steuern, insbesondere der Grundsteuer, der Umsatzsteuer, der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer.

Doch welchen Einfluss hat die Stadt Nürnberg auf die Höhe und Entwicklung dieser Einnahmen?

Bei den Gebühren und Leistungsentgelten gibt es wenig Spielraum. Hier geht es in der Regel um Kostendeckung ohne Gewinnerzielungsabsicht, und oft spielen auch soziale Aspekte eine Rolle.

Bei den Zuweisungen und Fördermitteln ist die Stadt auf die Entscheidungen von Land und Bund angewiesen. Aber hier kann ich sagen, dass die Verwaltung in Nürnberg gut aufgestellt ist, um für wichtige Infrastrukturprojekte die notwendigen Mittel zu beantragen.

Was die Grundsteuer betrifft, so wird trotz der Steigerung der Hebesätze eine Aufkommensneutralität prognostiziert. Dies gilt es jedoch weiter zu beobachten. Falls die Bürger dadurch tatsächlich stärker belastet werden, muss dies korrigiert werden.

Ein erheblicher Teil der städtischen Einnahmen kommt aus den Gemeindeanteilen an der Umsatzsteuer, der Einkommensteuer und vor allem der Gewerbesteuer – fast die Hälfte unserer Einnahmen. Doch vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage können wir von einer höheren Steuerbelastung der Gewerbetreibenden nicht ausgehen. Auch auf die Höhe der Umsatz- und Einkommensteuermittel lässt sich nur bedingt Einfluss nehmen.

Wie kann die Stadt trotzdem ihre Steuereinnahmen erhöhen? In der Theorie wäre es möglich, die Wirtschaft in Nürnberg zu stärken, die Steuerkraft der Unternehmen und Arbeitnehmer zu steigern und die

Konsumkraft zu stabilisieren. Wenn es uns gelingt, dass Bürger ihr Geld vor allem in Nürnberg ausgeben, können wir hier ansetzen.

Aber was kann die Stadt in der Praxis tun?

Nun, meine Damen und Herren, wir müssen uns an den realen wirtschafts- und gesamtpolitischen Rahmenbedingungen orientieren. Der Finanzreferent hat in Bezug auf die Steuereinnahmen noch kürzlich einen recht zuversichtlichen Blick in die Zukunft geworfen. Doch dieser Blick war, und das ist völlig berechtigt, von zunehmender Vorsicht geprägt.

Warum dieser skeptische Blick in die Zukunft?

Die Politik der letzten Jahre, angefangen mit der „Eurorettung“ unter Kanzlerin Merkel, hat zu Lasten der deutschen Steuerzahler und Sparer schwerwiegende Schäden an unserer Volkswirtschaft angerichtet. Besonders die übereilte Energiewende und der Alleingang in der Migrationspolitik haben das Fundament unserer Wirtschaft erschüttert – unterstützt von SPD und Grünen.

Und nach der Kanzlerschaft von Frau Merkel kam 2021 die Ampelkoalition. Ich erspare mir, ins Detail zu gehen, aber ich halte es für meine Pflicht, Sie auf die weitreichenden Folgen dieser Politik hinzuweisen – nicht nur für Deutschland, sondern auch für Nürnberg.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erreicht historische Höchststände, immer mehr Unternehmen verlassen das Land, und qualifizierte Fachkräfte verlassen Deutschland in großen Zahlen. Die Einwanderung von Fachkräften ist nahezu nicht existent. Unsere Schulen, vor allem in städtischen Gebieten wie Nürnberg, haben mit einer zunehmend heterogenen Schülerschaft zu kämpfen und können ihren Bildungsauftrag nicht mehr ausreichend erfüllen. Die Gesundheitsversorgung, insbesondere die Pflege älterer Menschen, wird immer schwieriger.

Auch die öffentliche Sicherheit ist gefährdet. Straftaten, Übergriffe und Diebstähle sind trauriger Alltag geworden. Die CSU sprach kürzlich von einem „Wolkenkuckucksheim“ – ich kann Ihnen versichern, dass die Lebensrealität in Nürnberg heute eine ganz andere ist.

Nun, es mag sein, dass Nürnberg in internationalen Rankings gut abschneidet – aber entscheidend für uns als Bürger ist, wie wir hier und jetzt leben. Was nützt es uns, wenn es in anderen Städten „schlechter“ aussieht, wenn die Lebensqualität in unserer eigenen Stadt spürbar sinkt?

Diese Missstände könnten in Nürnberg bald zur Normalität werden, wenn die derzeit regierenden Kräfte ihre Politik fortsetzen. Das Wohl der deutschen Bevölkerung, die Zukunft der Wirtschaft und der Wohlstand, den wir über Generationen aufgebaut haben, sind in Berlin offensichtlich nicht mehr vorrangig.

Die Folgen dieser Politik sind nicht nur in Berlin spürbar, sondern auch direkt bei uns in Nürnberg: Absehbar in der Wirtschaft und unmittelbar im Alltag der Bürger. Auch die Stadtpolitik kann ihren Beitrag leisten, um Nürnberg für die Wirtschafts- und Steuerkraft der Bürger attraktiv zu halten. Aber wenn wir uns die aktuellen Wohnbauprojekte ansehen, muss man sich schon fragen: Wer möchte in solchen Wohnungen leben? Wer empfindet es als Verbesserung der Lebensqualität, in zentral gelegenen Funktionsbauten an Hauptverkehrsstraßen zu wohnen?

Die Stadtverwaltung mag zufrieden sein, wenn die Einwohnerzahl wächst, aber viele Familien, die seit Jahren nach lebenswertem Wohnraum suchen, möchten ihre Kinder nicht in solchen Verhältnissen aufwachsen sehen. Beschwerden von Anwohnern über Müll, Vandalismus und Autoaufbrüche sind keine Einzelfälle.

Wir raten dringend dazu, diese Form der Verdichtung zu stoppen und stattdessen freie Flächen zu begrünen. Das ist nicht nur ein ökologischer Schritt, sondern auch ein notwendiger, um die Temperaturen in den Innenstädten während immer heißer werdender Sommer in einem erträglichen Rahmen zu halten.

Wenn Menschen, die nach Nürnberg ziehen möchten, gezwungen sind, ihr Auto zu verkaufen, weil sie sich durch die Verkehrspolitik nicht willkommen fühlen, stellt sich die Frage, ob die Stadtpolitik wirklich zur Stärkung von Wirtschaft und Wohlstand beiträgt.

Meine Damen und Herren, die Stadt Nürnberg hat durchaus Einflussmöglichkeiten auf ihre Einnahmen. Aber dafür brauchen wir eine Stadtpolitik, die sich an den realen wirtschaftlichen Gegebenheiten orientiert und die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Bürger berücksichtigt.

Leider aber richtet sich die Politik in Berlin in eine völlig andere Richtung, was es den Kommunen immer schwerer macht, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Einnahmen werden stagnieren, während die Ausgaben weiter steigen. In den kommenden Jahren wird sich dies in einer steigenden Neuverschuldung und Gesamtverschuldung widerspiegeln.

Die Erfüllung der Pflichtaufgaben – von der Daseinsvorsorge bis zur Infrastruktur – ist unentbehrlich. Wir müssen sicherstellen, dass die Bürger weiterhin Anspruch auf eine funktionierende Stadt haben – auf sichere Straßen, Schulen, Gesundheitsversorgung und eine intakte Infrastruktur. Das sind die Aufgaben, die wir als Stadtpolitik garantieren müssen.

Öffentlicher Personennahverkehr wie auch Individualverkehr müssen im erforderlichen Ausmaß in der ganzen Stadt fließen, sofern wir Wert auf eine attraktive und lebenswerte Innenstadt legen. Bei den Ausgaben für Personal, um diese eben genannten Ziele zu erreichen, darf kein Rotstift angesetzt werden. Ebenso bilden die Versorgungsaufwendungen im Personalbereich und die Sozialtransferleistungen eine kaum beeinflussbare Größe. Man kann allerdings von einem ausgehen, sie werden weiter steigen.

Wo kann gespart werden, meine Damen und Herren?

Wo gespart werden könnte, wo gespart werden sollte und wo tatsächlich gespart wird, so lässt es sich beobachten, hängt in einer Stadt wie Nürnberg leider viel zu stark von ideologisch geprägten Sichtweisen und Vorlieben politischer Parteien ab.

Zentrale Vorgaben oder Ideen aus Brüssel und Berlin werden häufig, unabhängig davon, ob hierfür eine gesetzliche Verpflichtung besteht oder nicht, umgesetzt. Der Wunsch oder Wille der Bevölkerung tritt in den Hintergrund, entscheidend ist vielmehr, sich als verlängerter Arm der jeweiligen politischen Parteizentralen zu betätigen und deren Projekte in den Kommunen umzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen, welche aus Sicht der AfD-Fraktion Einsparpotentiale bieten könnten:

Klimaschutz:

Veränderten Temperatur- und Niederschlagsereignissen in Nürnberg zu begegnen, die Stadt anzupassen, dass die Menschen in heißen Phasen weiterhin gut leben können – Stichwort „Grün in der Stadt“ oder die Folgen von Starkregenereignissen in Grenzen zu halten, Stichwort „Schwammstadt“, diese Klimaanpassungen gehören zur wichtigen Daseinsvorsorge einer Stadt.

Angemessene Maßnahmen zur Ressourcenschonung und Energieeffizienz bei Neubauten und Sanierungen machen Sinn.

Alles was darüber hinaus geht sollte streng auf Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden.

Ein Beispiel:

Die Sanierung eines Gebäudes, z.B. einer Schule kostet 10 Millionen Euro. Durch die Sanierung werden 70 % Energie eingespart. Der CO₂-Ausstoß verringert sich ebenfalls um 60 %.

Für das Ziel der sogenannten Klimaneutralität Nürnbergs müsste jedoch so gebaut werden, dass weitere 20% CO-2 eingespart werden.

Die Kosten dieser deutlich aufwendigeren Maßnahme würden dadurch auf 15 Millionen steigen.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund, dass ein möglicher Einfluss einer Stadt wie Nürnberg, Deutschland oder Europas auf den durch Menschen verursachten Anteil an der Veränderung des Weltklimas unbewiesen und strittig ist, halten wir von der AfD-Fraktion, das Ziel der sogenannten Klimaneutralität Nürnbergs für ausschließlich einer politischen Ideologie folgend und für falsch. Das heißt, die hierdurch begründeten Mehrausgaben von 5 Millionen würden aus unserer Sicht einen fehlgeleiteten, verschwenderischen Umgang mit öffentlichen Mitteln darstellen.

Ein Beispiel aus der Wirtschaft:

Alle Regulierungen im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz geschweige denn dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz stellen ein Bürokratie-Monster dar, welches unserer Wirtschaft, vor allem dem Mittelstand schadet. Finanzen aus dem städtischen Haushalt sollten weitestgehend nicht dazu beitragen, diesen Schaden zu vergrößern oder Wirtschaftstreibende zu behindern.

Weiteren ausschließlich weltanschaulich geprägten, politischen Vorhaben und Projekten sollten städtische Finanzen und Ressourcen nur im minimal rechtlich vorgeschriebenen Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Einige wenige Beispiele sind z.B. der übertriebene Ausbau der Infrastruktur für eine Übergangstechnologie wie der Elektromobilität. Ganz abgesehen von der hierfür vorgesehenen massiv umweltschädlichen Stromerzeugung mit Windrädern. Über die noch gar nicht eingerechneten Folgen für Ressourcen und Natur bei der Batterieherstellung noch gar nicht gesprochen.

Verkehrspolitik:

Keinen Euro für Maßnahmen, deren erkennbares Ziel ausschließlich darin besteht, private KFZ-Nutzer zu benachteiligen.

Ohne weiter auf Details einzugehen, keinen Euro mehr als gesetzlich vorgeschrieben, für die Umsetzung von überflüssigen Regierungsvorhaben: Genderideologien, bunte Zebrastreifen, Selbstbestimmungsgesetz, Cannabisgesetz usw. usw.

Meine Damen und Herren, die Menschen wollen das alles nicht!

Wo kann und sollte noch gespart werden?

Stichwort: Unterstützung von Kultur und Sport in Nürnberg? Ein klares_ JA. Natürlich Investitionen in Spielstätten und Sportstätten. Was aber hochproblematisch ist, sind Kulturvereine oder andere Kultureinrichtungen, in welchen sich politische Parteien seit Jahren eingenistet haben. Solchen Einrichtungen mit deutlicher politischer Schlagseite darf nicht auch noch Geld zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung solcher Theatervereine oder ähnlicher Häuser ist nichts anderes als die Unterstützung der Umsetzung parteipolitischer Weltanschauungen in kulturellen Einrichtungen. Öffentliche Mittel sind dort fehl am Platze!

Ein aktueller Fall zu parteipolitischer Einflussnahme: Nürnberg verfügt als Stadt des Friedens und der Menschenrechte über ein Menschenrechtsbüro. Das ist gut so und findet grundsätzlich unsere Unterstützung. Das Büro und seine Mitarbeiter sollten sich als städtische Einrichtung jedoch lösen von Einflussnahme politischer Akteure von außen. Insbesondere wenn dieser Einfluss zu einem mit den demokratischen Grundregeln nicht mehr zu vereinbarenden, rechtswidrigen Zustand geführt hat, wie sich im Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs von Anfang dieser Woche gezeigt hat. Hier sollte ein Umdenken stattfinden. Geldwerte Unterstützung für Propaganda gegen politische Parteien unter dem Dach der Stadt Nürnberg muss ein Ende

finden. Die AfD-Fraktion hat hier ja in der Vergangenheit schon versucht, dem Oberbürgermeister bei der Entscheidungsfindung Hilfestellung zu leisten. Dass die CSU diesen Verein namens „Allianz gegen Rechtsextremismus“ hier und heute in den Himmel lobt und Geld hinterwerfen möchte, verwundert nicht. Sie können sich zurücklehnen und in Ruhe zusehen, wie diese linkspopulistische Vereinigung ihre politische Konkurrenz bekämpft.

Meine Damen und Herren, die mehrheitstragenden Fraktionen im Nürnberger Stadtrat haben es in der Hand, den Nürnberger Haushalt für die Zukunft zu konsolidieren. Es bestehen reichliche Ansatzpunkte für Einsparungen. Sich darauf zu einigen, künftig keine Gelder für jeweilige, vermeintlich öffentlichkeitswirksame oder rein ideologische Projekte untereinander aufzuteilen wäre ein erster Schritt. Ein zweiter Schritt wäre es, diese Gelder entweder zur Erfüllung wichtiger Pflichtaufgaben wie der Daseinsvorsorge einzusetzen oder zur Schuldentilgung zu verwenden. Solange dies, wie bisher, nicht passiert, können wir als AfD-Fraktion diesem Haushalt im Wesentlichen nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren,

die Stadt Nürnberg ist hinsichtlich der Mehrheiten im Nürnberger Stadtrat seit Jahrzehnten geprägt von klaren Mehrheiten derselben Parteien. Mal hat die eine mehr Stimmen, mal die andere. Diese dadurch entstehenden gegenseitigen Abhängigkeiten wie auch das langfristig feste Machtgefüge haben bei diesen Parteien zu einer Mentalität hinsichtlich der Verwendung städtischer Mittel geführt, die sich immer weniger an den Bedürfnissen der Bürger als an den Interessen dieser Parteien selbst orientiert. Ändern werden diesen Zustand, sofern kein Umdenken einsetzt, nur die Wähler in Nürnberg können.

Apropos Wahlen! Herr Finanzreferent Brehm, Sie hatten ja im September bei der Kurzvorstellung des Haushalts die durchaus nachvollziehbare und berechtigte Sorge geäußert, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt künftig schwieriger gestalten werden.

Plausible Gründe und schlüssige Argumente für Ihre Prognosen waren nicht erkennbar. Ganz im Gegenteil. Sie versuchten vielmehr, das Totalversagen ihrer Partei sowie der beiden anderen Ampelparteien zu verschleiern, indem Sie ernsthaft unterstellten, dass sich die finanziellen Probleme in der Zukunft auch auf mögliche weitere Wahlerfolge der AfD im Osten oder in ganz Deutschland zurückführen lassen würden. Herr Brehm, damit, so denke ich, liegen Sie falsch.

Freie und geheime Wahlen sind Bestandteil der Demokratie. Ein weiterer, elementarer Bestandteil einer funktionierenden Demokratie ist das Recht, Kritik an den Regierenden zu üben. Andere Staatsgebilde wie Diktaturen wiederum zeichnen sich dadurch aus, dass Kritik an Staat und Regierung unterdrückt und die Opposition mit überwiegend unrechtmäßigen Methoden bekämpft wird. Deutschland, nein nicht Deutschland, sondern die derzeitigen Gesetzgeber in Deutschland befinden sich momentan auf einem demokratischen Irrweg. Regierungskritik wird als sogenannte „Delegitimierung des Staates“ gebrandmarkt. In unseren Augen ist dies nichts anderes als die Folge eines gänzlich abhandengekommenen Demokratieverständnisses der Regierung.

In den östlichen Bundesländern weiß man wie Demokratie ausgehöhlt wird, viele Menschen und Wähler dort haben in einer sozialistischen Diktatur gelebt.

Diese Menschen dort wissen um die große Bedeutung einer starken Opposition. Zudem haben sie zusehends Parteien, in denen sie eine Gefahr für unsere Demokratie sehen, in den einstelligen Prozentbereich oder ganz aus dem Parlament gewählt.

Meine Damen und Herren, diese Menschen haben erkannt, dass nichts wichtiger für unsere Demokratie ist, als eine starke Opposition.

Gerade in Zeiten wie diesen, meine Damen und Herren, ist nichts wichtiger für das Fortbestehen der Demokratie in Deutschland als die AfD!

Vielen Dank!